



Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V.
Centre Européen de la Consommation

EUROPÄISCHE VERBRAUCHERZENTREN
DEUTSCHLAND | FRANKREICH

CENTRES EUROPÉENS DES CONSOMMATEURS
FRANCE | ALLEMAGNE

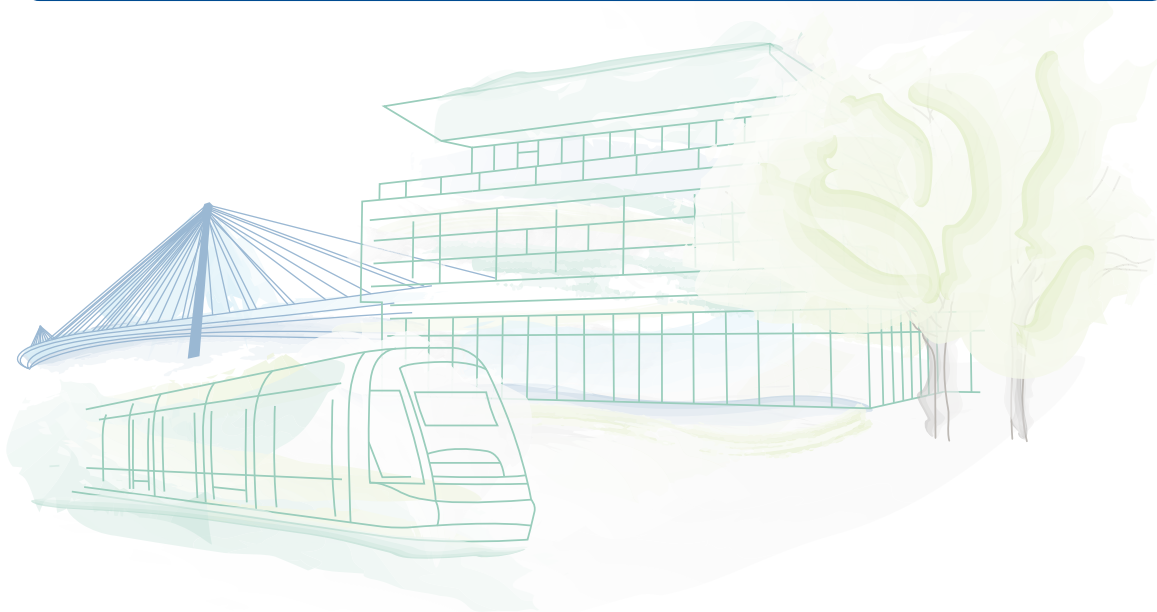


Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V. | Bahnhofplatz 3 | D-77694 Kehl

Stellungnahme zum Vorschlag Aufnahme der Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Verbraucherschutz in den zu erneuernden Elysée-Vertrag

- Hintergrund: Europa den Bürger*innen näherbringen
- Die wirtschaftliche Dimension der europäischen Verbraucherpolitik
- Die Rolle der Grenzregion bei der Vollendung des europäischen Binnenmarkts
- Die Bedeutung eines gemeinsamen Instruments
- Ein Beispiel für eine erfolgreiche deutsch-französische Zusammenarbeit in der Grenzregion: Das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V.
- Die zwischenstaatliche Anerkennung des Zentrums in Kehl als Teil des neuen Elysée-Vertrags

Anhang: Vorschlag zur Aufnahme in den Elysée-Vertrag





Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V.
Centre Européen de la Consommation

Stellungnahme zum Vorschlag Aufnahme der Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Verbraucherschutz in den zu erneuernden Elysée-Vertrag

Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V.

Hintergrund: Europa den Bürger*innen

In Zeiten zunehmender Europaskepsis und nationalistischer Tendenzen ist es zu einer zentralen Herausforderung geworden, Bürger*innen die Vorteile Europas näherzubringen, um die europäische Integration voranzutreiben.

Der aktuelle politische Kontext ist aus mehreren Gründen förderlich:

- Durch Bürgerbefragungen zur Zukunft der Europäischen Union soll die Zivilgesellschaft die europäische Politik mitgestalten
- In der gemeinsamen Resolution des Deutschen Bundestags und der Assemblée nationale vom 22. Januar 2018 erklären Deutschland und Frankreich erneut ihre Absicht, die deutsch-französische Zusammenarbeit im Dienste Europas zu vertiefen und eine Konvergenz ihrer Politik anzustreben.
- Für die Erneuerung des Elysée-Vertrags wurde eine deutsch-französische parlamentarische Arbeitsgruppe eingesetzt.

Die Erneuerung des Elysée-Vertrags und das 25-jährige Bestehen des europäischen Binnenmarkts stellen *die* Gelegenheit dar, **die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich des Verbraucherschutzes** - einem Bereich, in dem Europa seine Bürger*innen schützt - **auf politischer Ebene anzuerkennen**.

Um das Vertrauen der Bürger*innen zurückzugewinnen, muss konkret auf ihre Erwartungen eingegangen werden, insbesondere in einem Bereich, der alle betrifft: der Verbraucherschutz. Gerade hier wird Europa im Alltag konkret erfahrbar.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Verbraucherpolitik in Europa

Der Konsum ist ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Binnenmarktes

Die Hauptaufgabe der europäischen Verbraucherschutzpolitik ist es Verbraucher*innen von den Möglichkeiten und Vorteilen des Europäischen Binnenmarktes profitieren zu lassen. Gleichzeitig wird hierdurch ein gewichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Mitgliedstaaten geleistet: 57% des europäischen Bruttoinlandsprodukts sind auf den privaten Konsum zurückzuführen, was damit den größten Teil der europäischen Volkswirtschaft ausmacht.

Bereits seit Eröffnung des Europäischen Binnenmarkts im Jahr 1993, bemüht sich Europa um eine Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen, die insgesamt 510 Millionen europäische Verbraucher*innen betrifft. Ziel ist es den Europäischen Binnenmarkt so zu regulieren, dass der grenzüberschreitende Zugang zu Dienstleistungen und Waren erleichtert wird, damit eine wettbewerbs- und leistungsstarke Wirtschaft entstehen kann und seinen Bürger*innen europaweit ein gleiches Maß an Schutz angeboten wird.

Ein Europa das Schutz bietet

Seit 25 Jahren achtet die Europäische Union darauf, ein mögliches Marktversagen anhand der Problemidentifizierung im Bereich des Verbraucherschutzes frühzeitig zu erkennen. Die Verbraucher*innen sind selbst einer der Hauptakteure des Marktes. Durch seine Entscheidungen werden neue wirtschaftliche Möglichkeiten geschaffen, wie z.B. der verstärkte Wandel zum Kreislaufwirtschaftsmodell. Zahlreiche Mitgliedstaaten fördern diesen Wandel durch verschiedene Subventions-Maßnahmen bei Energieeinsparungen, Wiederverwertbarkeit und Reparaturfähigkeit von Produkten oder, wie z.B. in Frankreich, durch die Bestrafung programmgesteuerter Obsoleszenz bei Produkten.

Die heutige Verbraucherpolitik der EU zielt zudem darauf ab, die Verbraucherinteressen in unterschiedlichen Bereichen zu wahren. Diese betreffen sowohl den Kampf gegen unlautere Geschäftspraktiken und irreführende Werbung, die Regulierung der Kennzeichnung von Produkten, den Schutz von Fluggastrechten oder auch die Abschaffung der Roaming Gebühren, die es den Bürger*innen ermöglicht sich einfacher innerhalb der EU bewegen zu können.

Die jüngsten Skandale (bezüglich Dieselgate, Glyphosat) haben jedoch einige Schwächen der Europäischen Gesetzgebung und die fehlende Übereinstimmung der Positionen bei den Mitgliedstaaten aufgedeckt.

Ein neues Gesetzespaket soll Abhilfe schaffen. Der „New Deal for Consumers“ wurde im April diesen Jahres von der EU-Kommissarin für Justiz und Verbraucherschutz Věra Jourová vorgestellt und soll die Gesetzgebung zum Verbraucherschutz umgestalten. Diese neuen Rahmenbedingungen für Verbraucher*innen sollen die Europäer besser schützen. Die Kommission möchte gleichzeitig an bereits konkrete Probleme der Bürger*innen anknüpfen und EU-weite Sammelklagen ermöglichen. Dieses Instrument würde es geschädigten Verbrauchern ermöglichen, mit Sammelklagen gegen Unternehmen vor Gericht zu ziehen. Wohingegen Frankreich bereits über ein solches Verfahren verfügt, muss Deutschland die Einführung eines solchen Instruments erst noch vorbereiten.

Diese neuen von der Europäischen Union gemachten Gesetzesvorschläge des „New deal“, die den Verbraucherschutz betreffen, werden vom Europäischen Parlament und Rat der Europäischen Union abgeändert und angenommen, um dann in den Mitgliedstaaten in Kraft zu treten. Aus diesem Grund besteht für Frankreich und Deutschland die gleiche Notwendigkeit ihr Gesetzgebungsverfahren anzugleichen. Diese Angleichung hat eine hohe Priorität, die ausdrücklich in der deutsch-französischen Resolution vom 22.01.2018 festgelegt worden ist: **ein gemeinsames Vorgehen beider Staaten in der Frage der Förderung eines vollständig integrierten Binnenmarktes und mit den folgenden Zielen:**

- Beide Länder setzen sich gemeinsam für eine entsprechende Harmonisierung der Regelungen des europäischen Binnenmarktes ein.
- Die Regelungen des europäischen Binnenmarktes im Grenzraum gemeinsam umzusetzen, und zwar durch den Abbau von administrativen und sprachlichen Hürden. (bspw. Arbeitsrechte)
- Konvergenz der Gesetzgebungsverfahren in Frankreich und Deutschland bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht.
- Entwicklung von Verfahren, die eine gemeinsame Positionierung der Parlamente zu europäischen Themen ermöglichen.
- Gleichlautende Positionen zu europäischen oder grenzüberschreitenden Themen

Strategie für einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt in Europa

Um den grenzüberschreitenden Zugang von Bürger*innen und Unternehmen zu Gütern und digitalen Dienstleistungen innerhalb der EU zu verbessern und hierbei gleichzeitig einen fairen Wettbewerb und hohe Verbraucherschutzstandards zu gewährleisten, entwickelt die EU seit mehreren Jahren eine Strategie für einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt in Europa. Seit Inkrafttreten der europäischen Portabilitätsverordnung 2017/1128 am 1. April 2018, können Verbraucher*innen uneingeschränkt ihre Online-Mediendienste nutzen, wenn sie im EU-Ausland reisen und dabei Filme oder Sportkanäle sehen, Musik hören oder Videospiele spielen wollen. Außerdem regeln ab dem 25. Mai 2018, die EU-Verordnung 2016/679 den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre. Bis Ende 2018 werden zudem Geoblocking-Praktiken im Online Handel verboten und Verbraucher*innen dürfen nicht mehr automatisch, ohne Zustimmung, auf eine andere Internetseite umgeleitet werden.

In den kommenden Jahren möchte Europa alle Hürden im Bereich des digitalen Binnenmarktes abbauen. Die europäischen Vorschriften sollen erneuert werden, damit sie an die neuen Produkte und Dienstleistungen angepasst sowie die Regelungen zu den Internetverträgen harmonisiert werden. Ein gemeinsames Vorgehen von Frankreich und Deutschland in Bezug auf eine einheitliche Umsetzung der Richtlinien wird zweifellos zur Verwirklichung und zum Erfolg eines einheitlichen digitalen Binnenmarktes beitragen.

Die Rolle der Grenzregion bei der Vollendung des europäischen Binnenmarkts

Eines der Hauptziele des Elysée-Vertrags ist es, das Augenmerk auf die Besonderheiten der Grenzregion zu richten. Die Grenzregion sollte eigene Kompetenzen innehaben, und zwar durch Ausnahme- und Experimentierklauseln bzw. durch eine vollständige Verlagerung einiger Kompetenzen.

Hindernisse bei grenzüberschreitenden medizinischen Leistungen

Die europäische Patientenmobilitätsrichtlinie 2011/24/EU sieht eine Mindestharmonisierung vor, die den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung erheblichen Handlungsspielraum lässt. Frankreich und Deutschland haben sehr unterschiedliche Auslegungen der Richtlinie vorgenommen, was zu Rechtsunsicherheit für die Patienten führt, vor allem in der Grenzregion, in der die grenzüberschreitende Mobilität der Bürger zum Alltag gehört.

Der deutsche Gesetzgeber verlangt beispielsweise eine vorherige Genehmigung für alle in einem Krankenhaus durchgeführten Behandlungen, ohne dass eine Mindestdauer im Sinne der Richtlinie erforderlich wäre. Frankreich sieht seinerseits eine Vorabgenehmigung für die medizinische Bildgebung vor, obwohl das Grand Est mit Geräten dieser Art nur unzureichend ausgerüstet ist.

Die grenzüberschreitende, gemeinsame Nutzung von spezialisierten Techniken bleibt somit ein unerfüllter Wunsch - zum Nachteil der Patienten.

Die Problematik der Arbeitnehmerentsendung im Grenzgebiet

Frankreich hat kürzlich das Meldeverfahren für die Entsendung von Arbeitnehmern nach Frankreich verstärkt und eine Mithaftung der Verbraucher*innen für diese Meldepflichten eingeführt.

Diese neuen Verwaltungsvorschriften führen zu einer Lähmung des grenzüberschreitenden Marktes: Deutschen Unternehmen ist es praktisch nicht möglich ihre Dienstleistungen in der Grenzregion frei anzubieten. Für einen in der Region Grand Est ansässige Verbraucher*innen ist es heute fast unmöglich, rechtskonform einen deutschen Handwerker zu beauftragen.

Aus diesem Grund ist es wichtig, auf der Ebene der Grenzregion gemeinsame Überlegungen anzustellen und zu prüfen, wie die Dienstleistungsfreiheit mit den Erfordernissen der Bekämpfung des "Sozialdumpings" in Einklang gebracht werden können ohne die grenzüberschreitenden Marktmöglichkeiten zu beeinträchtigen. Dies ist ein Bereich, in dem spezifische Ausnahmen in Grenzgebieten gerechtfertigt und notwendig wären.

Unterschiede bei der Umweltplakette

Im Jahr 2008 hat Europa die Ziele in Bezug auf die Luftqualität (Richtlinie 2008/50/EG) definiert und den Staaten den erforderlichen Spielraum für die Umsetzung gegeben. Jedoch gerade in der deutsch-französischen Grenzregion scheint die Luftqualität ein nationales Anliegen zu bleiben: die Umweltplaketten in Deutschland und Crit'Air auf französischer Seite (seit November 2017 in Straßburg).

Obwohl die Umweltprobleme in Frankreich und Deutschland wie in allen EU-Ländern gleich sind, sind die jeweiligen Systeme der Umweltplaketten weit davon entfernt, miteinander kompatibel zu sein. Das bringt Schwierigkeiten für die Bewohner*innen auf beiden Seiten des Rheins: Zum einen wegen mangelnder Information über den Einsatz der unterschiedlichen Plaketten aber auch wegen mangelnder Kohärenz der auf nationaler Ebene getroffenen Maßnahmen, die nicht an eine Grenzregion angepasst sind.

Die Suche nach einer praxistauglichen Lösung auf der Ebene des Oberrheins könnte in der gegenseitigen Anerkennung des Crit'Air-Systems in den Umweltzonen der Grenzstädte Freiburg und Karlsruhe sowie der Umweltplakette in Straßburg bestehen. Diese Maßnahme könnte vorübergehend angewendet werden, zunächst auch ohne Einführung einer europäischen Umweltplakette und hätte den Vorteil, eine praxisnahe Regelung für die Grenzregion zu bieten, die Transparenz und Sichtbarkeit für die Bewohner*innen der Region gewährleistet.

Die Bedeutung eines gemeinsamen Instruments

Damit Europa für die Bürger*innen Wirklichkeit wird, muss die zwischen den Ländern abgestimmte europäische Politik, das tägliche Leben der Menschen betreffen und deren Mobilität in der EU fördern.

In der gemeinsamen Resolution vom 22.01.2018, bekräftigten Deutschland und Frankreich ihren Wunsch, die deutsch-französische Zusammenarbeit im Dienste Europas zu vertiefen, indem sie die Konvergenz ihrer Politik anstreben.

Deutschland und Frankreich erklären deshalb darüber hinaus ihre Absicht, die deutsch-französische Zusammenarbeit im Sinne der europäischen Idee zu vertiefen:

- Beide Länder wollen Impulsgeber für eine moderne europäische Verbraucherpolitik sein. Es sollen gemeinsame Positionen zu europäischen Themen erarbeitet, die Regelungen zur Vollendung des europäischen Binnenmarkts harmonisiert und eine einheitliche Umsetzung der Richtlinien angestrebt werden.
- Beide Staaten wollen eine treibende Kraft für Vorschläge sein. Dies gilt insbesondere für die Grenzregion, die ein wahres Laboratorium für die Umsetzung gemeinsamer Lösungen ist, die sich aus einer differenzierten Politik ergeben, die das Ziel hat Hindernisse in der grenzüberschreitenden Mobilität abzubauen.

Für die Umsetzung dieser Ziele können sich beide Länder auf über 25 Jahre Fachkompetenz und Erfahrung des Zentrums für Europäischen Verbraucherschutz e. V. (ZEV) stützen, das seit jeher deutsch-französische und europäische Aufgaben wahrnimmt. Das ZEV ist aus diesem Grund dazu prädestiniert, ein gemeinsames Instrument beider Länder zu werden, das seinen Standort im Herzen des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau hat.

Ein Beispiel für eine erfolgreiche deutsch-französische Zusammenarbeit in der Grenzregion: Das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V.

Das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz ist die einzige binationale Einrichtung, die auf deutsch-französische Verbraucherfragen spezialisiert ist. Seit 25 Jahren fördert es die Zusammenarbeit der beiden Länder, die eine gute Basis für die Umsetzung der EU-Politik bildet. Die Ziele des ZEV sind, Bürger*innen die europäische Idee näher zu bringen, und zwar durch die Hervorhebung der konkreten, positiven Errungenschaften des europäischen Verbraucherschutzes sowie durch die Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität und darüber hinaus das Garantieren von Schutz und Sicherheit im Alltag der Bürger*innen.

Dank des politischen Willens Deutschlands und Frankreichs sind seit 2005 europäische Aufgaben im Dienste der Verbraucher*innen unter dem Dach des ZEV in Kehl / Straßburg angesiedelt. Auch die Europäischen Verbraucherzentren (EVZ) Deutschland und Frankreich haben hier, unter der Trägerstruktur des ZEV, ihren Sitz.

Die beiden EVZ Frankreich und Deutschland sind Mitglieder des europäischen Netzwerks ECC-Net, das in jedem EU-Land sowie in Island und Norwegen präsent ist. Dieser Zusammenschluss ermöglicht Synergien und eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit, die unbedingt weiter ausgebaut werden sollte.

Das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz zeichnet sich durch Modernität und Effizienz aus: 2017 hat es über 11 000 grenzüberschreitende Verbraucherbeschwerden behandelt und konnte 76 % der Fälle außergerichtlich lösen.

Eine Adresse für zwei Länder ideal gelegen im Ballungsgebiet Kehl / Strasbourg, im Herzen des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau vor den Türen des Europäischen Parlaments

Kompetenzen:

- Deutsch-französische Synergieeffekte für Verbraucher*innen (mehr als 50% der vom ECC-Net erfassten Streitigkeiten werden in Kehl behandelt).
- Das Zentrum in Kehl ist das einzige binationale Zentrum im europäischen Netzwerk
- Einzigartige Expertise mit einem dreisprachigen Team von 45 Mitarbeitern
- Stellungnahmen und gemeinsame Positionen der beiden EVZ zu europäischen Texten
- Gemeinsame Aktionen: Gestaltung von Broschüren, Artikeln, Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen etc.
- Mehr als drei Millionen Besucher auf den Webseiten, die in drei Sprachen existieren
- Über 100.000 Informationsanfragen pro Jahr
- Wirtschaftliche Synergieeffekte (Infrastrukturkosten, Bündelung von Fähigkeiten etc.)

Sichtbarkeit der europäischen Maßnahmen zugunsten der Bürger*innen durch eine **gemeinsame Ansiedlung von europäischen Aufgaben (z.B. Kontaktstellen) innerhalb des ZEV** ¹. Die deutsch-französische Zusammenarbeit muss den Interessen Europas dienen und kann dabei auf die Kompetenz des ZEV zurückgreifen, für:

- Expertise bei der Definition von Kriterien für die einheitliche Umsetzung von Richtlinien
- Expertise zur Erarbeitung gemeinsamer Positionen beider Länder
- Umsetzung europäischer Regelungen in der Grenzregion

Aus diesem Grund strebt das Zentrum in Kehl die offizielle Anerkennung der beiden Regierungen an.

Die zwischenstaatliche Anerkennung des Zentrums in Kehl als Teil des neuen Elysée-Vertrags

Innovation: Eine gemeinsame deutsch-französische Initiative im Dienst ihrer Mitbürger

Es geht nicht darum, eine neue Struktur zu schaffen, sondern die bestehende Struktur zu erweitern: eine ständige Einrichtung, die idealerweise im Herzen des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau vor den Türen des Europäischen Parlaments liegt und die seit 25 Jahren die Relevanz der Synergie eines dreisprachigen Expertenteams zeigt, das den deutsch-französischen Interessen gewidmet ist.

Das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz bietet eine operative Struktur, die eine ständige Konsultation zwischen den betroffenen Ministerien ermöglichen würde (vergleichbar mit dem deutsch-französischen Kooperationsprojekt zur Verbraucherpolitik zwischen dem französischen und dem deutschen Verbraucherministerium mit der Unterstützung des Zentrums für Europäischen Verbraucherschutz, welches bereits 2005 angedacht war).

Impulsgeber und Förderung der europäischen Integration in der Grenzregion

Dank seiner Sachkenntnis kann das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz auf existierende Probleme im europäischen Binnenmarkt hinweisen, mit dem Ziel, diese Hindernisse für die Bewohner*innen der Grenzregion (z. B. Zugang zu grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung) zu beseitigen und gemeinsame Regelungen für die Grenzregionen einzurichten, im Rahmen eines deutsch-französischen Wirtschaftsraumes mit harmonisierten Regeln.

Stärkung der deutsch-französischen und europäischen Sichtbarkeit

Die Bündelung von übergreifenden Kompetenzen und Dienstleistungen (Kontaktstellen, europäische Verbraucherzentren usw.) innerhalb des Zentrums in Kehl, schafft einen verbraucherfreundlichen Zugang und fördert gleichzeitig das Image eines bürgernahen Europas.

¹ Zusammenfassung der europäischen Aufgaben in Kehl, insbesondere von Deutschland im Rahmen von Art.21 der Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG (Kontaktstelle für Dienstleistungen), Art.14 Richtlinie 2013/11/EU vom 21. Mai 2013 über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten (ADR-Kontaktstelle), Art 15 der Verordnung 524/2013 vom 21. Mai 2013 über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten (ODR-Kontaktstelle).

Zugang zu europäischen Informations- und Streitbeilegungsdiensten ist eines der Ziele des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen „Single Digital Gateway“, über das in Kürze im Europäischen Parlament abgestimmt wird.

Schaffung eines gemeinsamen Instruments zur Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Verbraucherpolitik

Das Zentrum in Kehl wird zum Deutsch-Französischen Büro für Verbraucherschutz (DFBV), mit dem Ziel die deutsch-französische Rechtslage und die europäischen Dienste beider Länder besser sichtbar zu machen und wird 2019 in den neuen Élysée-Vertrag aufgenommen.

10. Mai 2018

Anhang

Textentwurf für den Elysée-Vertrag

Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Verbraucherschutz

Die beiden Regierungen streben eine bessere Sichtbarkeit der Vorteile Europas für Bürgerinnen und Bürger an, besonders in einem Bereich, der alle betrifft: dem Verbraucherschutz. In dieser Hinsicht setzen sie sich für eine Vollendung des europäischen Binnenmarktes ein und engagieren sich für:

- Zusammenlegung aller Aufgaben, die zugunsten der Verbraucher*innen, durch europäische Gesetzgebung übertragen wurden, in einer binationalen Trägerstruktur. Dies gilt insbesondere für nationale Kontaktstellen.
- Erarbeitung gemeinsamer Positionen zu europäischen Themen, indem angestrebt wird die Regelungen zur Vollendung des europäischen Binnenmarkts zu harmonisieren sowie die Richtlinien einheitlich umzusetzen.
- Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere in der Grenzregion, die ein wahres Laboratorium für die Umsetzung gemeinsamer Lösungen ist.

Um das zu erreichen, können die beiden Regierungen sich auf über 25 Jahre Fachkompetenz und Erfahrung des Zentrums für Europäischen Verbraucherschutz e.V. (ZEV) stützen, das bereits deutsch-französische und europäische Verbraucheraufgaben beider Länder wahrnimmt und seinen Standort im Herzen des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau hat, und damit ein gemeinsames Werkzeug für Deutschland und Frankreich werden kann.



Centre Européen de la Consommation
Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V.

CENTRES EUROPÉENS DES CONSOMMATEURS
FRANCE | ALLEMAGNE

EUROPÄISCHE VERBRAUCHERZENTREN
DEUTSCHLAND | FRANKREICH



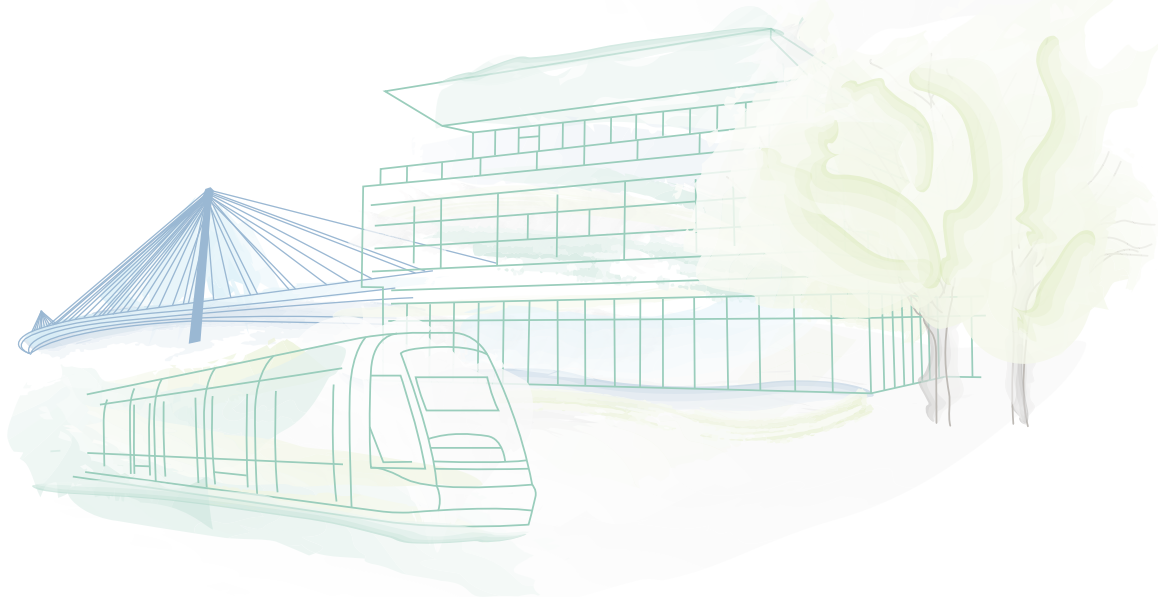
Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V. | Bahnhofplatz 3 | D-77694 Kehl

Note sur le projet d'inscription dans le nouveau Traité de l'Elysée

Coopération franco-allemande renforcée dans le domaine de la consommation

- Contexte : Rapprocher l'Europe de ses citoyens
- Les enjeux économiques de la politique de la consommation en Europe
- Le rôle de la région frontalière pour la réalisation du marché intérieur européen
- L'importance d'un outil commun
- Regards sur un exemple de coopération franco-allemande réussie au sein de la région frontalière : le Centre Européen de la Consommation
- La reconnaissance intergouvernementale du Centre de Kehl dans le cadre du nouveau Traité de l'Elysée

Annexe : proposition d'inscription dans le Traité de l'Elysée





Centre Européen de la Consommation
Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V.

Note sur le projet d'inscription dans le nouveau Traité de l'Elysée Coopération franco-allemande renforcée dans le domaine de la consommation

Centre Européen de la Consommation

Contexte : Rapprocher l'Europe de ses citoyens

Face à l'euroscepticisme et aux montées des populismes, le renforcement de la visibilité des actions positives de l'Europe envers les citoyens est devenu un enjeu crucial de l'avancée de la construction européenne.

Le contexte politique actuel est favorable

- Consultations citoyennes sur l'Europe : participation de la société civile à la conception de la politique européenne
- Résolution commune de l'Assemblée nationale et du Bundestag du 22.01.2018, la France et l'Allemagne réaffirment leur volonté d'approfondir la coopération franco-allemande au service de l'Europe en souhaitant la convergence de leur politique
- Refonte du Traité de l'Elysée : création d'un groupe de travail parlementaire franco-allemand

A l'occasion de la refonte du Traité de l'Elysée et des 25 ans du marché unique, il s'agit de **faire reconnaître la coopération franco-allemande en matière de consommation**, un domaine où l'Europe protège ses citoyens. Pour parvenir à rétablir la confiance des citoyens, il faut répondre concrètement à leurs attentes notamment dans un domaine qui les concerne tous, la consommation, afin que l'Europe devienne une réalité dans leur vie quotidienne.

Les enjeux économiques de la politique de la consommation en Europe

La consommation fait partie de l'économie de marché

Le rôle principal de la politique des consommateurs de l'UE est d'aider ces derniers à tirer le meilleur parti des possibilités qu'offre le marché unique. Ce faisant, elle soutient également la croissance économique et l'évolution sociétale, car les dépenses de consommation représentent la part la plus importante de l'économie de l'UE, soit 57 % du produit intérieur brut (PIB) de l'UE.

L'Europe, depuis la création du marché unique européen en 1993, s'emploie à harmoniser les réglementations s'appliquant aux 510 millions de consommateurs européens dans le but de réguler le marché tout en favorisant l'accès transfrontalier aux services et aux biens pour impulser une économie compétitive, concurrentielle et performante, tout en accordant à ses consommateurs le même niveau de protection.

L'Europe qui protège

L'Europe veille depuis 25 ans à déceler d'éventuelles défaillances du marché en identifiant les problèmes touchant à la consommation. Le consommateur est lui-même un acteur clé de ce marché et peut par ses choix créer de nouvelles opportunités commerciales, comme celles favorisant l'économie circulaire vers laquelle de nombreux pays européens souhaitent aller, à travers des actions de promotion d'économies d'énergie, de réduction, réutilisation et réparabilité des produits ou de pénalisation comme en France de l'obsolescence programmée.

Aujourd'hui, cette politique de l'UE veille aussi à préserver les intérêts des consommateurs dans de nombreux domaines, qui vont de la lutte contre les pratiques commerciales déloyales et contre la publicité mensongère, jusqu'à la régulation de l'étiquetage des produits, la protection des droits des voyageurs et la suppression des frais d'itinérance (roaming) qui ont permis aux citoyens de se déplacer plus facilement au sein de l'Union européenne.

Mais les récents scandales du Dieselgate et du glyphosate ont mis en lumière certaines faiblesses de la législation européenne et aussi le manque de convergence des prises de position des Etats membres.

Le nouveau paquet législatif (« New deal ») visant à « refondre la législation en matière de protection des consommateurs », présenté en avril par Vera Jourova, commissaire chargée de la Justice et des Consommateurs, « ambitionne de mieux protéger les Européens ». La Commission entend également "renouer avec les préoccupations concrètes des citoyens-électeurs", en donnant la possibilité aux consommateurs de "lancer, partout dans l'UE, des recours collectifs". Ce type de procédure permettrait à un groupe de consommateurs de poursuivre en justice une entreprise par laquelle il s'estime floué. L'Allemagne s'y prépare, la France dispose déjà d'une telle législation.

Parce que ces nouvelles propositions du « New deal » lancé par l'UE concernant la protection des consommateurs devront être amendées et approuvées par le Parlement européen, ainsi que par le Conseil de l'Union européenne pour entrer en vigueur dans les Etats membres, il est nécessaire pour la France et l'Allemagne de rapprocher leurs processus de décisions législatifs. C'est une priorité expressément reconnue dans la résolution commune du 22.01.2018 qui propose : **un engagement des deux pays en faveur d'un marché intérieur pleinement intégré avec les objectifs suivants :**

- Engagement des deux pays en faveur d'une harmonisation des règles pour la réalisation du marché européen
- Mise en œuvre de manière conjointe de la réglementation du marché dans les régions frontalières, via suppression des entraves administratives et linguistiques (ex : droits des travailleurs).
- Convergence des procédures législatives dans la transposition en droit national des directives
- Mise au point de procédures permettant un positionnement commun des assemblées sur des thèmes européens
- Motions similaires sur sujets européens ou transfrontaliers

Stratégie vers un marché unique numérique européen

Afin d'améliorer l'accès transfrontalier des citoyens et des entreprises aux biens et aux services numériques vendus dans l'Union européenne, dans un cadre garantissant une concurrence loyale et un niveau élevé de protection des consommateurs, l'Europe développe depuis plusieurs années sa stratégie vers un marché unique numérique européen. Ainsi, depuis le 1er avril 2018 et l'entrée en vigueur du règlement européen 2017/1128, les consommateurs peuvent profiter de leurs abonnements en ligne lorsqu'ils voyagent dans l'UE pour regarder des films, des programmes sportifs, écouter de la musique ou jouer à des jeux vidéo. Par ailleurs

à compter du 25 mai 2018, le règlement (UE) 2016/679 régira la protection des données personnelles et le respect de la vie privée et d'ici fin 2018, le blocage géographique ou le renvoi automatique vers un autre site sans accord du consommateur sera interdit.

Dans les années à venir, l'Europe entend lever tous les obstacles au sein du marché unique numérique en modernisant les règles européennes afin de les adapter aux nouveaux produits et services numérisés et en harmonisant les règles régissant les contrats numériques. Un engagement commun de la France et de l'Allemagne pour une convergence dans la transposition des directives contribuera indéniablement à la réalisation et la réussite du marché unique numérique européen.

Le rôle de la région frontalière pour la réalisation du marché intérieur européen

Un des objectifs prioritaires du Traité de l'Elysée est de mettre l'accent sur les spécificités de la région frontalière qui devrait être dotée de compétences autonomes, notamment par l'introduction de clauses d'exception et d'expérimentation, jusqu'à un transfert de compétences.

L'objectif dans la région frontalière franco-allemande serait d'approfondir la coopération transfrontalière et d'encourager les solutions communes dans des domaines spécifiques, intéressant plus particulièrement les citoyens et acteurs économiques de cette zone.

Les obstacles aux prestations médicales transfrontalières

La directive européenne santé 2011/24/UE est d'harmonisation minimale, laissant une marge de manœuvre importante aux Etats membres dans la transposition. La France et l'Allemagne ont des interprétations très différentes, ce qui entraîne une insécurité juridique pour les patients, principalement dans la région frontalière où la mobilité des citoyens est importante.

Le législateur allemand impose par exemple une autorisation préalable pour tous les soins réalisés dans un cadre hospitalier, sans notion de durée minimale, comme le précise la directive. De son côté la France soumet à autorisation préalable l'imagerie médicale alors même que le Grand Est est sous-équipé en appareils de ce type. Par ailleurs la mutualisation des équipements lourds au-delà des frontières reste un vœu pieux aux dépens des patients.

La problématique des travailleurs détachés dans la zone frontalière

La France a récemment renforcé la procédure de signalement du détachement en France, et introduit une responsabilité solidaire du consommateur dans ces obligations de déclaration.

Ces nouvelles règles administratives aboutissent à une paralysie du marché transfrontalier : les entreprises allemandes ne pouvant plus offrir librement leurs prestations de services dans la région frontalière. Il est aujourd'hui quasi impossible pour un consommateur habitant la Région Grand Est de faire appel légalement à des artisans allemands.

C'est pour cette raison qu'il est crucial d'engager une réflexion commune au niveau de la région frontalière et de voir comment concilier la liberté de prestation de service avec les impératifs de lutte contre le « dumping social » tout en préservant le marché transfrontalier. C'est un domaine dans lequel des dérogations spécifiques seraient justifiées en zone frontalière.

Disparité des vignettes automobiles écologiques

L'Europe a défini en 2008 les objectifs à atteindre en matière de qualité de l'air (directive 2008/50/CE) laissant aux Etats la latitude nécessaire à sa mise en œuvre. Et justement dans la région frontalière franco-allemande, la qualité de l'air semble rester une préoccupation d'ordre national : les *Umweltplaketten* en Allemagne et Crit'Air du côté français (depuis novembre 2017 à Strasbourg).

Si les enjeux environnementaux sont les mêmes en France et en Allemagne, comme dans tous les pays de l'UE, les systèmes sont loin d'être inter-compatibles, avec comme conséquence des difficultés pour les habitants de la région d'appréhender les dispositifs mis en place des deux côtés du Rhin, par manque d'information mais également par manque de cohérence de mesures prises à un niveau national et peu adaptées à une région frontalière.

La recherche d'une solution pragmatique à l'échelle du Rhin Supérieur, pourrait consister en une reconnaissance mutuelle du système Crit'air dans les zones écologiques des villes frontalières de Fribourg et Karlsruhe, et de la Umweltplakette à Strasbourg. Ce dispositif serait transitoire en attente d'une vignette écologique européenne. Il aurait l'avantage de présenter un modèle pratique, adaptable dans les zones frontalières et assurant une transparence et visibilité aux habitants de la région.

L'importance d'un outil commun

Pour que l'Europe devienne une réalité pour les citoyens, la politique concertée franco-allemande en faveur de l'Europe doit concerner leur vie quotidienne et favoriser leur mobilité dans l'UE.

La France et l'Allemagne réaffirment dans la résolution commune du 22.01.2018 leur volonté d'approfondir la coopération franco-allemande au service de l'Europe en souhaitant la convergence de leur politique pour :

- Impulser une politique européenne de consommation moderne en encourageant des positions communes sur des thèmes européens, en favorisant une harmonisation des règles pour la réalisation du marché européen, en visant une convergence dans la transposition des directives dans chacun des deux pays.
- Etre force de propositions notamment pour la région frontalière franco-allemande, véritable laboratoire de la mise en œuvre de solutions communes issues d'une politique différenciée destinée à réduire les obstacles à la mobilité transfrontalière.

Pour ce faire, la France et l'Allemagne peuvent s'appuyer sur plus de 25 ans d'expertise et d'expérience du Centre Européen de la Consommation, porteur des missions consuméristes franco-allemandes et européennes des deux pays, appelé à devenir un outil commun aux deux pays, idéalement situé au cœur de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau.

Regards sur un exemple de coopération franco-allemande réussie au sein de la région frontalière : le Centre Européen de la Consommation

Le Centre Européen de la Consommation est l'unique centre binational spécialisé sur les questions consuméristes franco-allemandes. Depuis 25 ans, il promeut la coopération franco-allemande comme le cadre privilégié de la mise en œuvre de la politique communautaire. Il se donne pour objectifs de rapprocher les citoyens de l'idée européenne en mettant en valeur les réalisations concrètes et positives dans un domaine qui les concerne tous, la consommation et de leur faciliter leur mobilité, tout en leur garantissant sécurité et protection dans leur vie quotidienne.

Suite à une volonté politique franco-allemande commune, les missions européennes au service des consommateurs sont regroupées depuis 2005 au sein de l'association de Kehl : le Centre Européen des Consommateurs (CEC France) est effectivement implanté à la frontière Strasbourg/Kehl dans les mêmes locaux que le CEC Allemagne.

Les deux CEC France et Allemagne sont membres du réseau européen ECC-Net présent dans chaque pays de l'UE, ainsi qu'en Islande et en Norvège. Le regroupement des missions européennes à Kehl constitue un modèle de synergie et de coopération franco-allemande qu'il convient de consolider.

Le Centre Européen de la Consommation est ainsi un modèle de modernité et d'efficacité avec plus de 11 000 plaintes transfrontalières individuelles traitées en 2017, résolues à l'amiable (sans recours aux tribunaux) dans 76 % des cas.

Une adresse pour deux pays idéalement située dans l'agglomération de Kehl/Strasbourg, au cœur de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau aux portes du Parlement européen

Expertise et compétence

- Synergie franco-allemande au service des consommateurs (plus de 50% des litiges recensés par le réseau ECC-Net des CEC sont traités à Kehl).
- Le Centre à Kehl est le seul centre binational du réseau européen
- Une expertise unique avec une équipe trilingue de 45 personnes
- Avis et positions communes des deux CEC sur les textes européens
- Actions communes : conception de brochures, articles, participation à des événements publics...
- Plus de 3 millions de visiteurs individuels sur les sites en 3 langues
- Près de 100.000 sollicitations par an
- Economie d'échelle (frais d'infrastructures, mutualisation des compétences ...)
- Visibilité des actions européennes en faveur des citoyens par un **regroupement des services comme les points de contacts au sein du CEC¹**.

La coopération franco-allemande doit servir les intérêts de l'Europe, elle pourrait recourir aux travaux du CEC pour :

- Définir les modalités de transposition des directives harmonisées
- Etablir un positionnement commun des deux assemblées sur des thèmes européens
- Mettre en œuvre la réglementation européenne dans les régions frontalières

C'est pourquoi le Centre de Kehl aspire à être reconnu officiellement par les deux gouvernements.

¹ Regroupement des missions européennes à Kehl notamment mis en œuvre par l'Allemagne dans le cadre de l'Article 21 de la directive « Services », de l'Article 14 de la directive 2013/11/UE du 21 mai 2013 relative au règlement extrajudiciaire des litiges de consommation de l'Article 15 du règlement 524/2013 du 21 mai 2013 relatif au règlement en ligne des litiges de consommation et depuis le 01.01.2003 : point de contact Commerce électronique : (Art. 19 al. 4 de la Directive 2000/31).

Innover : une initiative commune franco-allemande au service de leurs concitoyens

Il ne s'agit pas de créer une nouvelle structure mais de valoriser l'existant : un organisme permanent situé idéalement au cœur de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau aux portes du Parlement européen qui a montré en 25 ans la pertinence de la synergie d'une équipe d'experts trilingue, dédiée aux intérêts franco-allemands.

Le Centre Européen de la Consommation est une structure opérationnelle de terrain qui permettrait une concertation permanente entre les ministères concernés (à l'image du projet de coopération franco-allemande en matière de politique de consommation de 2005 entre les Ministères de la consommation français et allemands avec l'appui du Centre Européen de la consommation).

Impulser et faire avancer l'intégration européenne dans la région frontalière

Fort de son expertise de terrain, le Centre Européen de la Consommation se veut être un relais des dysfonctionnements du marché pour tendre à la suppression des obstacles rencontrés par les habitants de la région frontalière (ex. l'accès aux soins transfrontaliers) et mettre en œuvre de manière conjointe la réglementation du marché unique européen dans les régions frontalières dans le cadre d'un espace économique franco-allemand avec des règles harmonisées.

Renforcer la visibilité franco-allemande et européenne

Le regroupement des compétences et des services européens (points de contacts, Centres Européens des Consommateurs etc.) au sein du Centre de Kehl faciliterait leur accessibilité tout en promouvant l'image d'une Europe proche de ses citoyens. L'accessibilité aux services européens d'information et d'aide à la résolution des litiges est l'un des objectifs du portail numérique unique proposé par la Commission européenne et prochainement voté au Parlement européen.

Créer un outil commun pour renforcer la coopération franco-allemande en matière de politique des consommateurs

Le Centre de Kehl deviendrait **l'Office franco-allemand de la consommation (OFAC)** afin d'assurer une meilleure visibilité à la structure juridique franco-allemande ainsi qu'à ses services européens, et serait inscrit dans le nouveau Traité de l'Elysée en 2019.

Le 10 mai 2018

Annexe

Proposition d'inscription dans le Traité de l'Elysée 2019

Coopération franco-allemande renforcée dans le domaine de la consommation

Les deux gouvernements souhaitent renforcer la visibilité des actions positives de l'Europe envers les citoyens dans un domaine qui les concerne tous : la consommation. A cet égard, ils aspirent à un marché intérieur européen pleinement intégré et s'engagent à :

- Regrouper au sein d'une même structure binationale l'ensemble des missions que leur confie la réglementation européenne en faveur des consommateurs, notamment en ce qui concerne les points de contacts nationaux ;
- Encourager des positions communes sur des thèmes européens, en favorisant une harmonisation des règles pour la réalisation du marché européen et en visant une convergence dans la transposition des directives dans chacun des deux pays ;
- Intensifier la coopération transfrontalière, notamment pour la région franco-allemande, véritable laboratoire de la mise en œuvre de solutions communes.

Pour ce faire, les gouvernements s'appuieront sur plus de 25 ans d'expertise et d'expérience du Centre Européen de la Consommation, déjà porteur de missions consuméristes franco-allemandes et européennes des deux pays, idéalement situé au cœur de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau, voué à devenir un outil commun à la France et à l'Allemagne.